

# FEIERTAG?

# 8. März!

## Häufige Fragen und Gegenargumente und unsere Antworten

ver.di-Frauen in Niedersachsen und Bremen

 ver.di

**We Can Do It!**

**FRAUEN IN VER.DI**

**ZEIT FÜR  
STARKE FRAUEN!**

ViSDP: ver.di Landesbezirk Niedersachsen-Bremen, Bereich Frauen- und Gleichstellungspolitik, Friederike Wolf, Groner-Tor-Straße 32, 37073 Göttingen  
Herstellung: freeStyle grafik Hannover + Umweltdruckhaus Langenhagen

© 2025

## Liebe Leser\*innen, es gibt noch viel zu tun!

Geschlechtsspezifische Missstände wie Entgeltungerechtigkeit, Altersarmut, veraltete Rollenbilder und Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen sind auch in unserer Gesellschaft immer noch an der Tagesordnung. Es ist an der Zeit, diese Ungerechtigkeiten wieder stärker in den gesellschaftlichen Fokus zu stellen und zu bekämpfen!

Darum setzen wir ver.di Frauen in Niedersachsen und Bremen uns dafür ein, dass der 8. März – der Internationale Frauentag – zum gesetzlichen Feiertag auch in Niedersachsen und Bremen erklärt wird: Ein Tag, der das Thema Geschlechtergerechtigkeit in den Fokus stellt.

Dafür haben wir am 28. Oktober 2024 eine Petition auf der Homepage des Niedersächsischen Landtages gestartet. Diese Petition erhielt großen Zuspruch – über 7.000 Menschen zeichneten mit und sorgten damit dafür, dass wir dieses Anliegen im Niedersächsischen Petitionsausschuss vortragen konnten.

Auch die Presse griff das Thema wiederholt auf. Es ist schon jetzt deutlich geworden: Die anhaltende Benachteiligung von

Frauen in unserer Gesellschaft ist und bleibt eines der drängendsten Handlungsfelder aktueller Politik.

Wir haben viele Diskussionen geführt – mit unseren Kolleg\*innen in den Betrieben, Menschen auf der Straße, mit Freund\*innen und Bekannten, in unserem Wohnumfeld und mit vielen Abgeordneten der demokratischen Parteien im Niedersächsischen Landtag.

### In Bremen läuft es anders:

Hier wird unsere Petition als Gesetzesinitiative nach dem BremPetG den Einzelabgeordneten und den Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft übersandt. Eine weitere Behandlung durch den Petitionsausschuss erfolgt nicht.

Was ist zu tun? Wir nehmen mit den Abgeordneten und Fraktionen Kontakt auf, um sie für unsere Sache zu gewinnen. Einzelne Hinweise gibt es dahingehend, dass das niedersächsische Ergebnis in Bremen übernommen werden soll. Aber unabhängig davon bleiben wir in Bremen natürlich am Ball, sprechen frauen- und gleichstellungspolitische Akteur\*innen an, reichen Anträge ein und mehr.



### In der vorliegenden Broschüre

greifen wir Gegenargumente auf, die uns in der Diskussion immer wieder begegnen und stellen diesen unsere Antworten und Argumente gegenüber. Wir möchten damit zu einer guten, transparenten und konstruktiven Debatte beitragen, die auch die angesprochenen Handlungsnotwendigkeiten hin zu mehr echter Gleichstellung in den Blick nimmt.

### Wir sagen:

Eine andere, geschlechtergerechte Welt ist nötig – und möglich! Und das ist nicht nur für uns Frauen wichtig – es geht uns alle an! Denn Geschlechtergerechtigkeit ist eine entscheidende Säule der Demokratie und betrifft damit uns alle.

*Solidarische Grüße, die ver.di Frauen in Niedersachsen und Bremen*

## Gegenargument »falscher Zeitpunkt«

»Wir leben in einer Zeit mit vielfältigen neuen Herausforderungen und zunehmenden Krisen. Es ist der falsche Zeitpunkt, ausgerechnet jetzt über einen neuen gesetzlichen Feiertag zu sprechen.«

Als aktive Gewerkschafter\*innen setzen wir uns intensiv mit gesellschaftlichen Entwicklungen auseinander. Auch wir sehen besorgt auf die zunehmenden Krisen. Ganz gleich, auf welche Krise wir blicken, ob es um die Bildungs- und Gesundheitskrise, die fehlenden Fachkräfte in der Pflege, die Schere zwischen Arm und Reich, zunehmende Aufrüstung oder um die fortschreitende Erderwärmung geht: Ein »Weiter-so« ist nicht mehr möglich.

Vor uns liegen tiefgreifende Veränderungen, die gesamtgesellschaftlich mitgetragen und gemeinsam umgesetzt werden müssen. All diese Krisen haben geschlechtsspezifische Auswirkungen, denn sie verstärken beispielsweise die Belastungen für Menschen, die für Sorgearbeit zuständig sind. Dies sollte gesehen und anerkannt werden. Zudem sind

das Potenzial und die Wirkungskraft von Frauen für die Bewältigung der landes- und bundesweiten, aber auch der globalen Herausforderungen unverzichtbar.

In der frauen- und gleichstellungspolitischen Arbeit nehmen wir besorgt eine weitere Krise wahr: Die Zustimmung zu undemokratischen, antifeministischen Positionen wird wieder stärker. Antifeminismus und Frauenhass werden überall dort immer lauter, wo unsere demokratischen Grundwerte in Frage gestellt werden. Die Repräsentanz von Frauen in (politischen) Entscheidungspositionen nimmt ab. Zuletzt haben wir das bei der Bundestagswahl deutlich sehen müssen.

### Ein besonderes Warnsignal:

Die Gewalt gegenüber Frauen in unserer Gesellschaft steigt wieder. Sowohl bei Sexualstraftaten, häuslicher Gewalt, als auch bei digitaler Gewalt – überall waren laut Lagebild des Bundeskriminalamtes 2023 deutlich mehr Straftaten gegenüber Frauen zu verzeichnen als im Vorjahr. Im Jahr 2023 wurden 360 Frauen bei Tötungsdelikten umgebracht. Statistisch gesehen gab es also fast jeden Tag einen Femizid.



**STOPP**  
Gewalt  
gegen  
Frauen

### Wir sagen:

Angesichts des Wiedererstarkens frauenfeindlicher Positionen bis hin zur Gewalt gegen Frauen in unserer Gesellschaft ist genau jetzt der richtige – und wichtige – Zeitpunkt, Geschlechtergerechtigkeit mit besonderer Priorität auf die Tagesordnung zu setzen! Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist grundgesetzlich verankert, und sie ist eine wichtige Voraussetzung für die Stabilität unserer Demokratie.

**Wenn wir den Internationalen Frauentag zum Feiertag erklären, schaffen wir ein gemeinsames Bewusstsein dafür, dass Gleichstellung nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern eng verknüpft ist mit dem Wohlergehen und der Resilienz einer demokratischen Gesellschaft.**

**Geschlechtergerechtigkeit zu verwirklichen und zu schützen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.**

## **Gegenargument »Finanzierbarkeit«**

*»Die Einführung eines weiteren gesetzlichen Feiertages schadet der Wirtschaft. Das können wir uns nicht leisten, gerade angesichts aktueller Krisen.«*

Wir kennen die Diskussionen zur Finanzierbarkeit eines zusätzlichen Feiertages anlässlich der Einführung des Reformationstages als gesetzlichen Feiertag vor ein paar Jahren. Die Herausforderungen an unseren Wirtschaftsstandorten in Niedersachsen und Bremen sind vielfältig. Die Auswirkungen auf Arbeitnehmende in Form von anhaltender Arbeitsverdichtung, steigendem Druck und schwierigen Verhandlungen in Tarifauseinandersetzungen zeigen sich uns täglich in unserer gewerkschaftlichen Arbeit.

Dass ein zusätzlicher Feiertag keinen entscheidenden Einfluss auf die grundsätzliche Wirtschaftskraft eines Bundeslandes hat, zeigt ein Blick auf die südlichen Bundesländer, wie Bayern und Baden-Württemberg, die als starke Wirtschaftsstandorte mehr Feiertage haben.

Der Investitionsstau und der Bürokratieabbau sind Themen, die nicht im Zusammenhang mit einem zusätzlichen gesetzlichen Feiertag stehen, sondern für sich genommen betrachtet und gelöst werden müssen.

Ein zusätzlicher Feiertag am Internationalen Frauentag wäre ein mutiges Signal über den großen Wert, den wir in Niedersachsen und Bremen auf Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit legen. Ein solches Signal kommt bei den Menschen an! Es kann zur Fachkräftegewinnung und -bindung, zur Standortsicherung beitragen und bedeutet eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Dies ist insbesondere mit Blick auf die anstehenden Transformationen bis hin zu mehr spezialisierten Dienstleistungsberufen ein wichtiges Signal.

Wir kehren nicht unter den Teppich, dass ein zusätzlicher gesetzlicher Feiertag eine Investition ist.

### **Aber wir sagen:**

Ein gesetzlicher Feiertag am Internationalen Frauentag ist eine gute Investition in unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft. Genauso, wie die Erfüllung anderer politischer Aufgaben Investitionen

fordert, ist auch die Erhaltung, Förderung und Herstellung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern nicht ohne diese zu haben.

Die Förderung der Gleichstellung ist grundgesetzlich verankert. Sie ist jedoch noch lange nicht überall Realität. Schon gar nicht ist sie in allen Köpfen angekommen. Sie ist Aufgabe des Staates und damit der Landesregierung. Wir formulieren hier also nicht eine bloße Bitte, sondern ein konkretes Anliegen für eine Aufgabe der Regierung.

**Niedersachsen und Bremen haben im bundesweiten Vergleich mit 10 gesetzlichen Feiertagen mit die wenigsten Feiertage. Im Vergleich dazu haben Arbeitnehmende in Bayern 13 gesetzliche Feiertage, in Baden-Württemberg 12, in Augsburg sogar 14.**

**In ihrem Koalitionsvertrag hat die derzeitige Landesregierung Niedersachsens die Prüfung der Einführung eines weiteren gesetzlichen Feiertages festgeschrieben.**

**Der 8. März ist aktuell in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ein gesetzlicher Feiertag.**

## **Gegenargument »Wirksamkeit«**

*»Ein gesetzlicher Feiertag am Internationalen Frauentag ist nicht dazu geeignet, zu mehr Geschlechtergerechtigkeit beizutragen.«*

Dieses Argument wird uns in Diskussionen oft von Menschen entgegengebracht, die bereits vorher deutlich gemacht haben, dass sie einen zusätzlichen gesetzlichen Feiertag schon aufgrund wirtschaftlicher Überlegungen ablehnen. Diesbezüglich verweisen wir auf unsere Antworten zu den obenstehenden Gegenargumenten.

Wenn es um die Wirksamkeit eines gesetzlichen Feiertages am Internationalen Frauentag geht, fallen auch Worte wie »Symbolpolitik« oder es wird angebracht, dass auch in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern noch keine reale Besserung der Gleichstellung seit Einführung des Feiertags am 8. März sichtbar wäre.

Wir sagen nicht, dass ein zusätzlicher gesetzlicher Feiertag alle Probleme unserer Gesellschaft im Bezug auf Gleichstellung auf einen Schlag lösen würde. Es wäre auch vermessen zu denken, dass eine einzige Maßnahme das könnte!

Probleme wie ungerechte Bezahlung, ungleiche Verteilung von Sorgearbeit, geschlechtsspezifische Armut im Alter und Gewalt gegen Frauen sind tief in unserer Gesellschaft verwurzelt und haben vielschichtige Ursachen. Vielschichtige Probleme brauchen vielschichtige Lösungen. Ihre Lösung braucht Aufmerksamkeit und Zeit für Engagement!

Ein zusätzlicher gesetzlicher Feiertag, den wir dem Thema Geschlechtergerechtigkeit widmen, schafft diese Voraussetzungen für Wandel: Zeit und Aufmerksamkeit.

Wir holen das Thema Gleichstellung heraus aus seiner »Blase«, in der sich nur sowieso bereits politisch aktive Menschen damit beschäftigen. Wenn wir einen gesetzlichen Feiertag am 8. März schaffen, werden sich die Menschen überall in Niedersachsen und Bremen fragen »Warum ist heute Feiertag?«

Wir können – und werden – daran anknüpfen! So könnte die Thematik zum Beispiel im Schulunterricht aufgegriffen werden. Wege zu mehr Geschlechtergerechtigkeit für Alle und weg von ungleicher Bezahlung, ungerechter Verteilung von Sorgearbeit, Gewalt gegen Frauen und Mädchen können gut im

Rahmen von Unterrichtsstunden oder Projekttagen an allgemein- und berufsbildenden Schulen umgesetzt werden. Ein gesetzlicher Feiertag am Internationalen Frauentag setzt dafür ein sehr starkes Zeichen und würde das vielerorts erst ermöglichen.

### **Unsere Erfahrungen zeigen auch:**

Wenn der 8. März zufällig auf ein Wochenende fällt, werden angebotene Veranstaltungen und Demonstrationen besser besucht und mehr wahrgenommen.

Ein arbeitsfreier Tag am 8. März würde dem Thema Geschlechtergerechtigkeit die nötige Aufmerksamkeit ermöglichen.

### **Wir sagen:**

Gesellschaftlicher Fortschritt braucht Aufmerksamkeit, Diskussionen und Engagement. Daraus erwachsen Ideen und Handlungen für tragende Lösungen.

All das braucht mehr Zeit und ein starkes Signal des politischen Willens, dass sich etwas ändert – hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit. Ein zusätzlicher gesetzlicher Feiertag am Internationalen Frauentag ist ein geeignetes und angemessenes politisches Mittel, das zu erreichen.

## Noch mehr Gründe, warum Geschlechtergerechtigkeit dringend mehr Aufmerksamkeit braucht

### **Gender Pension Gap (Rentenlücke)**

Der Gender Pension Gap bezeichnet die Unterschiede im Alterssicherungseinkommen zwischen Frauen und Männern. Die Rentenlücke lag 2023 in Niedersachsen bei 45,6 Prozent, in Bremen bei 26,8 Prozent.

Frauen ab 65 Jahren beziehen somit im Durchschnitt eine um über 45 Prozent bzw. 26 Prozent niedrigere Altersrente als Männer.

Der Gender Pension Gap ist meist wesentlich höher als der Gender Pay Gap (Lohnlücke), da sich hier die Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern und die Erwerbsbeteiligung über das Erwerbsleben summieren. Daher fließen aktuell die Einkommensdifferenzen der vergangenen rund 50 Jahre ein.

Bekommt ein Mann bspw. 1.350 Euro Rente pro Monat, bleiben für eine Frau in Niedersachsen durchschnittlich 734,40 Euro, in Bremen durchschnittlich 988,20 Euro pro Monat.

### **Gender Time Gap (Arbeitszeitlücke)**

Der Gender Time Gap bezeichnet den Unterschied in der wöchentlichen Erwerbsarbeitszeit zwischen Frauen und Männern.

Bundesweit gingen Männer 2023 pro Woche durchschnittlich 7,5 Stunden mehr einer bezahlten Arbeit nach als Frauen. Damit hat Deutschland die dritthöchste Arbeitszeitlücke unter den Staaten der Europäischen Union.

Geht ein Mann durchschnittlich 38 Stunden/Woche einer Erwerbsarbeit nach und verdient damit bspw. 4.000 Euro/Monat, würde eine Frau durchschnittlich 30,5 Stunden in Teilzeit arbeiten und damit (bei gleichem Stundenlohn) durchschnittlich 3.210,53 Euro/Monat verdienen.

Hier ist die schlechtere Bezahlung von Frauen pro Stunde noch nicht enthalten.

### **Gender Pay Gap (Lohnlücke)**

Der Gender Pay Gap ist der Unterschied zwischen dem durchschnittlichen Brutto-Stundenlohn von Frauen und Männern. Frauen haben 2024 im Schnitt in Deutschland 16, in Niedersachsen 15 und in Bremen 17 Prozent weniger pro Stunde verdient. Damit hat Deutschland eine der größten Entgeltlücken unter den Staaten der Europäischen Union.

Verdient ein Mann in Deutschland bspw. 4.000 Euro Brutto/Monat, verdient eine Frau durchschnittlich 3.360 Euro Brutto/Monat bei gleicher Stundenanzahl.

### **Gender Lifetime Earnings Gap (Lebenseinkommenslücke)**

Frauen in Deutschland haben im Verlauf ihres Lebens ein um fast 50 Prozent geringeres Gesamterwerbseinkommen als Männer (49,8 Prozent). Rund die Hälfte der Lebenserwerbseinkommenslücke zwischen Frauen und Männern entsteht durch vermehrte Teilzeitbeschäftigung sowie längere Auszeiten vom Arbeitsmarkt von Frauen. Gründe hierfür sind häufig Kinderbetreuung und die Pflege von Angehörigen.

## Gegenargument

### »Umsetzbarkeit in den Betrieben«

»Noch ein weiterer gesetzlicher Feiertag führt nur zu noch größeren Problemen in den Betrieben. Gerade im Bereich der Gesundheitsversorgung, speziell den Kliniken, wird die Personalnot an einem solchen Tag noch größer.«

Ohne Frage, die Personalnot in vielen Dienstleistungsbereichen und weiteren Branchen ist ein großes Problem! Darunter leiden Beschäftigte ebenso wie Patient\*innen in den Kliniken und Praxen, Kinder und Jugendliche in Kitas und Schulen, die Eltern, die trotz Arbeitsverpflichtung ständig ausfallende Betreuungs- und Bildungsangebote kompensieren müssen, aber auch Menschen, die den ÖPNV nutzen, auf Termine in Ämtern warten und Viele mehr.

## Wir sagen:

Das zugrundeliegende Problem ist aber kein einzelner Feiertag mehr oder weniger, sondern ein grundsätzlicher Personalmangel in Kliniken, Kitas, Schulen, der öffentlichen Daseinsvorsorge und weiteren Bereichen.

Ursachen für diesen Personalmangel beginnen bei mangelnder Attraktivität der Ausbildungen, fehlenden Ausbildungsplätzen, setzen sich fort über geringe Bezahlung bei steigender Arbeitsbelastung in diesen Bereichen und münden in dem bereits angesprochenen Fachkräftemangel.

Viele der betroffenen Bereiche gelten aktuell als »typische Frauenberufe«, da in ihnen weit über 50 Prozent Frauen beschäftigt sind. Wenn wir den Fokus an einem gesetzlichen Feiertag am 8. März unter anderem auf die Aufwertung von sogenannten »Frauenberufen« legen, können wir dem zunehmenden Fachkräftemangel in diesem Bereich sogar wirksam etwas entgegensetzen. Und so für mehr Entlastung in den Kliniken, Kitas, Schulen, Ämtern und weiteren Betrieben an jedem Arbeitstag des Jahres sorgen, nicht nur am 8. März!



## Gegenargument

### »Umsetzbarkeit im Privaten«

*»Während Sie Ihren Feiertag feiern, müssen Beschäftigte in vielen Bereichen (z.B. Gastronomie, Gesundheitswesen, Polizei, Tourismus) trotzdem arbeiten. Durch die Schließung der Kitas und Schulen an einem zusätzlichen Tag werden gerade Frauen vor das Problem gestellt, wie an diesem Tag ihre Kinderbetreuung funktionieren soll.«*

Gerade wir als Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft wissen: Viele Menschen in Niedersachsen und Bremen arbeiten jeden Tag – unabhängig von Sonn- und Feiertagen. Dafür gilt diesen Kolleg\*innen unser Dank und Respekt!

Wir wissen auch: Viele dieser Kolleg\*innen – und meist sind es nach wie vor die Frauen unter ihnen – werden in den meisten Bereichen dabei bereits jetzt jeden Sonntag und Feiertag vor das Problem gestellt, wie sie ihre Kinderbetreuung an diesen Tagen für alle gut organisieren können. Bei vielen Frauen führt das aktuell dazu, dass sie ihren Beruf nicht mehr ausüben können.

## Wir sagen:

Viele Kolleg\*innen – insbesondere die Frauen unter ihnen – haben bereits jetzt das Problem, ihre Lohnarbeit mit der Kinderbetreuung zu vereinbaren. Wenn jetzt durch einen (einzigsten) zusätzlichen Feiertag nun genau die Frage Aufmerksamkeit bekommt: »Wie sollen Sorgearbeit und Lohnarbeit – insbesondere für Frauen – vereinbart werden?« – dann haben wir schon ein wichtiges Ziel erreicht!

### **Gender Care Gap (Sorgearbeitslücke)**

**Der Gender Care Gap bezeichnet den Unterschied in der unbezahlt geleisteten Sorgearbeit – also beispielsweise Kinderbetreuung, Haushaltstätigkeiten und Pflege von Angehörigen.**

**Der Gender Care Gap beträgt bundesweit aktuell 44,3 Prozent. Frauen leisten ca. 9 Stunden mehr unbezahlte Sorgearbeit pro Woche als Männer.**

**Bei 34-Jährigen zeigen sich besonders große Unterschiede bei der geleisteten**

Genau das müssen wir diskutieren und genau dafür müssen wir Lösungen finden! Für jeden Tag des Jahres! Ein zusätzlicher gesetzlicher Feiertag ist dabei nicht das Grundproblem – er kann aber Teil einer Lösung werden!

**Sorgearbeit, da sich in diesem Alter häufig zentrale Ereignisse, wie zum Beispiel Verantwortung für Kinder und auch für die eigenen Eltern, bündeln. In dieser Altersgruppe beträgt der Gender Care Gap sogar 170 Prozent.**

**Leistet ein Mann durchschnittlich 20 Stunden und 42 Minuten unbezahlte Sorgearbeit, leistet eine Frau durchschnittlich 29 Stunden und 52 Minuten unbezahlte Sorgearbeit pro Woche.**

## Gegenfrage »Rückhalt«

»Gibt es überhaupt den gesellschaftlichen Rückhalt für einen Feiertag am 8. März?«

Wie Viele sicherlich gelesen haben, hat unsere Petition für einen zusätzlichen gesetzlichen Feiertag am 8. März in Niedersachsen innerhalb kürzester Zeit großartigen Zuspruch erhalten. Die 5.000 Mindestunterschriften, die eine Petition in Niedersachsen braucht, um öffentlich behandelt zu werden, waren schnell erreicht. Trotzdem zeichneten noch über 2.000 weitere Personen die Petition. Es gab schon lange keine Petition mehr, die so viele Unterschriften in so kurzer Zeit erreicht hat.

Eine Karte auf der Homepage des niedersächsischen Landtages zeigt, wo überall in Niedersachsen Menschen für die Petition unterschrieben haben. Dort sieht man: Die Zustimmung zu einem zusätzlichen gesetzlichen Feiertag am 8. März reicht auch über die Städte hinaus bis weit in die ländlichen Regionen.

Auch, dass die Presse intensiv berichtete – landesweit und sogar bis nach Österreich – zeigt das große Interesse für das Thema.

Selbstverständlich haben wir uns auch mit anderen gesellschaftlichen Verbänden und Organisationen in den Austausch begeben. So schrieb beispielsweise der Landesfrauenrat Niedersachsen, der als Dachverband rund 60 niedersächsische Frauenorganisationen mit mehr als 2,2 Millionen Mitgliedern vereint, als Antwort auf eine Presseanfrage am 18. März 2025: »Der Landesfrauenrat Niedersachsen setzt sich seit langem dafür ein, den Internationalen Frauentag am 8. März als Feiertag einzuführen. Wir unterstützen deshalb nachdrücklich die Petition des Landesbezirksfrauenrates ver.di Niedersachsen-Bremen.«

Weitere Organisationen und Verbände in Niedersachsen, die die Forderung eines zusätzlichen gesetzlichen Feiertages am Internationalen Frauentag unterstützen, sind beispielsweise der Niedersächsische LandFrauenverband Hannover e.V., der SoVD Landesverband Niedersachsen e.V., der KAB Diözesanverband Osnabrück, die Landesarbeitsgemeinschaft Gleichstellung, das Zentrum für Frauen-Geschichte e.V. in Oldenburg, der Deutsche Gewerkschaftsbund Niedersachsen-Sachsen-Anhalt-Bremen und natürlich ver.di über ihre Frauenstrukturen hinaus.

Mit weiteren gesellschaftlichen Akteuren, Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Menschen in unserem Umfeld sind wir im Gespräch – die Zahl der Unterstützer\*innen steigt.

### Regionale Verteilung der Mitzeichnungen in Niedersachsen:



© 2017 Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen

## Kurz und Knapp:

### Warum wir für einen gesetzlichen Feiertag am 8. März kämpfen

Wir ver.di Frauen in Niedersachsen und Bremen setzen uns für einen zusätzlichen gesetzlichen Feiertag am Internationalen Frauentag ein,

- weil er als internationaler Frauentag Feier- und Kampftag in einem ist und das weltweit,
- weil er Diskriminierung bis hin zu Gewalt gegen Frauen angreift,
- weil er die vielfach unbezahlte und oft auch ungeschene Arbeit, die Frauen täglich leisten, in den Blick nimmt,
- weil wir in Geschlechtergerechtigkeit investieren müssen, um gemeinsam zu gewinnen, dies insbesondere aufgrund der kommenden wirtschaftlichen Herausforderungen in Niedersachsen und Bremen.

Letztlich ist ein gesetzlicher Feiertag am 8. März ein starkes Signal für Geschlechtergerechtigkeit als wesentliche Säule unserer Demokratie – ein insbesondere bei den derzeitigen Angriffen auf die Demokratie wichtiger Aspekt.

**Wir Frauen kämpfen jeden Tag. Am 8. März kämpfen wir gemeinsam.**



**Du hast Interesse, dich an unserem Einsatz  
für einen zusätzlichen gesetzlichen Feiertag zu beteiligen?**

**Dann wende dich an unsere hauptamtlichen Gewerkschaftssekretärinnen!  
In Niedersachsen: Friederike Wolf – [friederike.wolf@verdi.de](mailto:friederike.wolf@verdi.de)  
und in Bremen: Kornelia Knieper [kornelia.knieper@verdi.de](mailto:kornelia.knieper@verdi.de)**

**ver.di-Frauen in Niedersachsen und Bremen**

